

Kantonale Initiativen gegen den Import von Lebensmitteln, die unter unhaltbaren sozialen und ökologischen Bedingungen produziert wurden

Genf: Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht die Republik und der **Kanton Genf** folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesversammlung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass:

- auf allen in die Schweiz eingeführten Lebensmitteln die sozialen Bedingungen der Produktion und deren Nachhaltigkeit deklariert sind;
- die Einfuhr von solchen Lebensmitteln in die Schweiz verboten wird, die unter sozialen Bedingungen produziert wurden, welche zu den Standards unseres Landes und den internationalen Standards in Sachen Arbeitsbedingungen und Umwelt in frappantem Widerspruch stehen;
- sich die Schweiz in den Verhandlungen mit der WTO und der EU dafür einsetzt, dass alle in die Schweiz eingeführten Produkte unter gerechten Arbeitsbedingungen und mit nachhaltigen Verfahren erzeugt werden.

Neuenburg: Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht der **Kanton Neuenburg** folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesversammlung wird ersucht, mit geeigneten Massnahmen dafür zu sorgen, dass die Schweiz keine Lebensmittel mehr einführt, die unter untragbaren Sozial- und Umweltbedingungen erzeugt wurden (keine importierte Armut).

Waadt: Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht der **Kanton Waadt** folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesversammlung wird aufgefordert, die Einfuhr von Lebensmitteln (insbesondere von Früchten und Gemüse) so zu regeln, dass Lebensmittel, die unter sanitären, sozialen und ökologischen Bedingungen produziert wurden, die zu den Standards unseres Landes in frappantem Widerspruch stehen, nicht mehr eingeführt werden dürfen.

Freibourg: Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht der **Kanton Freiburg** folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesbehörden werden eingeladen, die notwendigen Erlasse zu beschliessen, damit:

1. sich der Bund in den Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation und der Europäischen Union für faire Arbeitsbedingungen und für nachhaltige Produktionsmethoden für alle Produkte, die in die Schweiz importiert werden, einsetzt;
2. alle in die Schweiz importierten Nahrungsmittel eine Angabe zu den sozialen Standards und zur Nachhaltigkeit enthalten;
3. Nahrungsmittel, die unter sozialen Bedingungen produziert wurden, die schweizerische Standards deutlich verletzen, nicht mehr in die Schweiz eingeführt werden dürfen.

Jura: Eingereichter Text

Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung reicht der **Kanton Jura** folgende Standesinitiative ein:

Die Bundesbehörden werden eingeladen:

- sich in den Verhandlungen mit der WTO und der EU einzusetzen für gerechte Arbeitsbedingungen und nachhaltige Produktionsverfahren bei allen Produkten, die in die Schweiz eingeführt werden;
- für alle Lebensmittel, die in die Schweiz eingeführt werden, eine Deklarationspflicht hinsichtlich der sozialen Bedingungen und der Nachhaltigkeit der Produktion zu verlangen;
- die Einfuhr von Nahrungsmitteln zu verbieten, die unter sozialen Bedingungen produziert werden, die zum Standard in unserem Land in frappantem Widerspruch stehen.